

Kiel, 24. November 2016 Landeshaus Tel. (0431) 988 1144 (0431) 988 1148 Fax (0431) 988 610 1180 Umweltausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

66. Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses

am Mittwoch, dem 23. November 2016, 14 Uhr, im Sitzungszimmer 139 des Landtages

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der Landesregierung zum **Partikelausstoß des Heiz-kraftwerkes Wedel** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss. Der Ausschuss will sich Anfang nächsten Jahres erneut mit der Thematik beschäftigen und dazu einen Vertreter von Vattenfall einladen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein**, <u>Drucksache 18/4388</u>, beschloss der Ausschuss, am Montag, 19. Dezember 2016, 14 Uhr, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die fachpolitischen Sprecher wurden beauftragt, sich auf eine Anzuhörendenliste von höchstens sechs Personen beziehungsweise Institutionen zu verständigen und diese dem Ausschussbüro bis zum 30. November 2016 mitzuteilen.

Zum Antrag der Fraktion der CDU, **Einführung einer bedarfsgerechten Befeuerung von Windkraftanlagen**, <u>Drucksache 18/4311</u>, bat der Ausschuss das Ministerium, Anfang nächsten Jahre erneut ein Fachgespräch zu führen. Der Ausschuss wird seine Beratungen danach fortsetzen.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Aufhebung des Gesetzes über den Aufbau der Bergbehörden**, <u>Drucksache 18/4690</u>, empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig zur Annahme.

Den **Tierschutzbericht Schleswig-Holstein 2016** der Landesregierung, <u>Drucksache 18/4689</u>, nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Dem federführenden Sozialausschuss empfahl der Ausschuss sodann einstimmig, den Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages für das Jahr 2015, <u>Drucksache 18/4056</u>, zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Dem Landtag empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN, den Antrag der Fraktion der CDU, **Jakobskreuzkraut bekämpfen - Honigqualität sicherstellen**, Drucksache 18/4687, abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Lohndumping in Schlachthöfen verhindern!**, <u>Drucksache 18/4105</u>, beschloss der Ausschuss, am 11. Januar 2017, 14 Uhr, eine Anhörung durchzuführen. Die fachpolitischen Sprecher werden beauftragt, sich auf einen Anzuhörendenkreis von höchstens sechs Organisationen/Personen zu verständigen und diesen der Geschäftsführung bis zum 30. November 2016 zuzuleiten.

Der Ausschuss nahm sodann die Beratungen zum Gesetzentwurf der PIRATEN zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer vor Ölbohrungen, <u>Drucksache 18/4809</u>, auf und erteilte dem Wissenschaftlichen Dienst den Auftrag, eine Stellungnahme zu einigen Fragen abzugeben. Er stellte die Beratung sodann bis zur Vorlage dieser Stellungnahme zurück.

Dem federführenden Europaausschuss empfahl der Ausschuss, den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und Entschließung zum nachhaltigen Wirtschaften, <u>Drucksache 18/4843</u>, zur Annahme zu empfehlen.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** ließ sich der Ausschuss über die **Belastung der Elbe** sowie den derzeitigen Stand der **Vogelgrippe** berichten. Am Donnerstag, 1. Dezember 2016, 13 bis 15 Uhr, soll auf Einladung des Ministeriums ein Fachgespräch zum Thema Vogelgrippe mit dem Leiter des Friedrich-Löffler-Instituts stattfinden.

Folgender Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt:

Den Tierschutz in Schleswig-Holstein weiter stärken - Berufung und die Aufgaben einer Landesbeauftragten/eines Landesbeauftragten für den Tierschutz, Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/4848.

Schluss: 15:45 Uhr

gez. Petra Tschanter